



Amtliche Mitteilungen der Stadt Ingolstadt

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt
der Stadt Ingolstadt, Franziskanerstr. 7, 85049 Ingolstadt

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses I - Mitte

Am Dienstag, 07.12.2021, findet um 19:00 Uhr eine öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses I – Mitte statt. Veranstaltungsort: Hybrid-Sitzung/Bürgerhaus im Neuburger Kasten, Fechtgasse 6, 85049 Ingolstadt

Tagesordnung:

- Bestätigung/Ergänzung des Protokolls der letzten Sitzung
- Informationen/Unterrichtung der Verwaltung
 - Jugendhilfeplanung - Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit
 - Spielplatz Klenzepark - Renovierung
 - Verkehr Nord-Süd-Achse
 - Bebauungs- und Grünordnungsplan „Glasis“
 - Minikreisverkehr Degenhartstraße
 - Bürgerversammlung neuer Termin
 - Aussichtsturm Nordpark – Sachstand
 - Sachstand Zigarettensammler
- Bürgeranliegen und Anträge / Bürgerhaushalt
 - Aufstellung Tischtennisplatten
 - Beleuchtung Park an der Schönbergstr.
 - Pfandringe
 - Erweiterung Spielplatz am Wildpark/Baggersee
 - Mahnmal Taschenturm
 - Ergänzung der Ausstattung – Kreiswasserwacht Ingolstadt
- Bürgerhaushalt
 - Sachstand 2021/22
 - Verschiedenes - Wünsche, Anregungen
 - Beiträge (nicht öffentliche Sitzung)

Bezirksausschussvorsitzender:

Herr Franz Ullinger

Die Bezirksausschusssitzung wird hybrid durchgeführt. Die Sitzung ist auch in dieser Form öffentlich.

Jede/r Bürger/in kann beim Schriftführer die nötigen Zugangsinformationen zur Online-Sitzung erhalten (Anmeldung unter Mail: sb293@bingo-ev.de) bzw. beim angegebenen Sitzungsort an der Sitzung teilnehmen.

Zur Einhaltung der Hygieneauflagen im Zusammenhang mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 ist die Teilnehmerzahl sehr begrenzt. Daher ist es unbedingt erforderlich, dass sich Besucherinnen und Besucher, die an der Bezirksausschusssitzung teilnehmen möchten, rechtzeitig vorab beim Schriftführer mit der entsprechenden Personenzahl und Kontaktdaten anmelden (Mail: sb293@bingo-ev.de). Bitte tragen Sie eine FFP2-Maske.

Wegen geringer Platzverhältnisse und der pandemischen Lage bitten wir Sie, bevorzugt über Zoom teilzunehmen.

Bezirksausschussmitglieder sind automatisch angemeldet und erhalten rechtzeitig die Zugangsdaten zur Online-Sitzung! Bei Verhinderung bitten wir um Abmeldung beim Bezirksausschussvorsitzenden.

Hinweise zum Datenschutz:

- Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung
Eine Kontaktdatenerfassung mit Namen, Vornamen, Anschrift und einer sicheren Kontaktinformation (Telefonnummer, E-Mail-Adresse) und des Zeitraums des Aufenthaltes ist gemäß § 6 Abs.2 15. Bayerische Infektionsmaßnahmenverordnung rechtlich möglich. Die Datenerhebung erfolgt zum Zweck der Ermöglichung einer Kontaktpersonennachverfolgung im Zusammenhang mit COVID-19 (SARS-CoV-2). Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs.1c DSGVO i.V. m § 6 15. BayIfSMV
- Übermittlung von Daten an Dritte
Eine Übermittlung der o.g. Daten an Dritte erfolgt an das jeweils zuständige Gesundheitsamt bzw. die jeweils zuständige öffentliche Stelle zu den o.g. Zwecken. Ihre Daten werden ausschließlich auf Grundlage der oben genannten Rechtsgrundlagen an Dritte weitergegeben. Sie werden ausdrücklich nicht zu Werbezwecken verwendet.
- Dauer der Speicherung
Die Daten werden vier Wochen ab der Sitzung gespeichert. Danach werden die Daten vernichtet.

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „Zentralkläranlage Ingolstadt“ Vom 12. Juni 2020 (OBABl S. 254/2021)

Aufgrund von Art. 18, 22 Abs. 2 und 3 sowie Art. 44 des Gesetzes über die Kommunale Zusammenarbeit – KommZG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1994 (GVBl. S. 555, ber. 1995 S. 98, BayRS 2020-6-1-I), das zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 9. März 2021 (GVBl. S. 74) geändert worden ist, erlässt der Zweckverband Zentralkläranlage Ingolstadt folgende

Satzung:

Die Verbandssatzung des Zweckverbandes „Zentralkläranlage Ingolstadt“ vom 03. Oktober 1986 (RABl. OB S. 288), die zuletzt durch Satzung vom 27. Januar 2015 (OBABl. S. 25) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 1 Änderungen

- § 23 Abs. 11 erhält folgende Fassung:
„(11) Die Umlage auf die Betriebskosten ohne Niederschlagswasserabgabe wird mit einem Zwölftel des Jahresbetrages am 10. jedes Monats fällig. Soweit eine Abgabe für Schmutzwasser mit Ausnahme von verschmutztem Niederschlagswasser zu entrichten ist, so wird abweichend von Satz 1 die Umlage darauf in dem Monat fällig, in dem auch die Schmutzwasserabgabe zu entrichten ist.“
- Nach § 23 Abs. 12 werden folgende Abs. 13 bis 17 neu eingefügt:
„Kosten für Niederschlagswasser im Mischsystem“
(13) Die Kosten für die Niederschlagswasserabgabe für das Einleiten von verschmutztem Niederschlagswasser aus öffentlichen Kanalisationen im Mischsystem werden abhängig vom Abgabenverursacher umgelegt. Soweit der Zweckverband selbst Abgabenverursacher ist, werden die Aufwendungen für die Niederschlagswasserabgabe auf die einzelnen Verbandsmitglieder und Einleiter des Zweckverbandes umgelegt. Umlageschlüssel ist das Verhältnis der im abgabepflichtigen Kalenderjahr am Mischsystem angeschlossenen Einwohner der Verbandsmitglieder und Einleiter. Soweit ein Verbandsmitglied oder Einleiter des Zweckverbandes Abgabenverursacher ist, werden die Aufwendungen für die Niederschlagswasserabgabe durch den Zweckverband gesondert nach Verbandsmitglied und jeweiligem Abwassergast der betroffenen hydraulischen Einheit umgelegt. Umlageschlüssel ist das Verhältnis der im abgabepflichtigen Kalenderjahr am Mischsystem angeschlossenen Einwohner nach Verbandsmitglied und jeweiligem Abwassergast.
- Die Verbandsmitglieder und Einleiter sind verpflichtet, dem Zweckverband die erforderlichen Daten für die Erstellung der Abgabeerklärung für das Einleiten von verschmutztem Niederschlagswasser bis zum 15. Februar des Folgejahres nach der „Anlage Mischsystem zu Anlage 6“ der VwVBayAbwAG zur Verfügung zu stellen.
- Der Zweckverband hat die Pflicht, die Abgabeerklärungen für das Einleiten von verschmutztem Niederschlagswasser aus öffentlichen Kanalisationen im Mischsystem zu erstellen und diese bis zum 31. März des Folgejahres beim Landratsamt Eichstätt einzureichen.
- Für die Festsetzung der Umlage für die Niederschlagswasserabgabe sind die im abgabepflichtigen Kalenderjahr am Mischsystem angeschlossenen Einwohner mit Stand 30. Juni des Veranlagungsjahres, die Abgabensache sowie die Berechnung und die Höhe des Umlagebetrages für jedes Verbandsmitglied und jeden Einleiter anzugeben. Die Umlage für die Niederschlagswasserabgabe ist von den Verbandsmitgliedern und Einleitern spätestens am im Abgabenscheid angegebenen Fälligkeitstag an den Zweckverband zu entrichten. Werden die Umlagen nicht rechtzeitig entrichtet, können

von den säumigen Verbandsmitgliedern oder Einleitern Verzugszinsen erhoben werden. Diese betragen für jeden Monat ein Halb vom Hundert.

- Für den Fall, dass der Zweckverband, Verbandsmitglieder oder Einleiter aufgrund von Frist- oder sonstiger Pflichtsäumnissen eine Niederschlagswasserabgabe verursacht haben, können gegen den Pflichtsäumigen Haftungsansprüche von den betroffenen Beteiligten geltend gemacht werden.“

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Regierung von Oberbayern in Kraft.

Ingolstadt, 12.06.2020

Zweckverband Zentralkläranlage

Dr. Christian Scharpf

Oberbürgermeister und Verbandsvorsitzender

Vorhabenbezogener Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 109 N „Hauptbahnhof“

Der Stadtrat hat am 28.10.2021 den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes Nr. 109 N „Hauptbahnhof“ mit Begründung sowie den Entwurf des Vorhaben- und Erschließungsplanes genehmigt.

Der vorhabenbezogene Bebauungs- und Grünordnungsplan umfasst ganz oder teilweise(*) folgende Grundstücke der Gemarkung Ingolstadt: 5325/12*, 5325/14*, 5325/136*, 5325/194 und 5325/196.

Bebauungsplan der Innentwicklung nach § 13 a BauGB:

Das Bauleitplanverfahren wird nach Maßgabe des § 13 a BauGB (Bebauungsplan der Innentwicklung) durchgeführt.

Gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB wird dabei von der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB abgesehen.

Auf Grund der städtebaulichen Bedeutung des Vorhabens und im Interesse einer vollumfänglichen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wurde von der Möglichkeit der Verfahrensbeschleunigung nach § 13 a Abs. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB kein Gebrauch gemacht. Dementsprechend erfolgte in der Zeit vom 27.09.2019 - 28.10.2019 die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB.

Prüfung der UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) Pflicht:

Das geplante Projekt ist gem. Anlage 1 Nr. 18.8 i. V. m. Nr. 18.6.2 und Nr. 18.8 i. V. m. 18.1.2 zum UVPG ggf. ein vorprüfungspflichtiges Vorhaben (Großflächiger Einzelhandel mit mehr als 1.200 qm Geschossfläche, für das ein Bebauungsplan in sonstigen Bereichen aufgestellt wird. Die Großflächigkeit ergibt sich ggf. aus der Agglomeration mehrerer kleinerer Einzelhandelsbetriebe in einem räumlich-funktionalen Zusammenhang).

Entsprechend war eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gem. den Kriterien der Anlage 3 zum UVPG durchzuführen, in der untersucht wurde, ob das Projekt UVP-pflichtig ist.

Die ursprüngliche Prüfung vom Januar 2019 wurde im Zuge des Verfahrens anhand aktueller Erkenntnisse aktualisiert.

Die Vorprüfung nach § 3 c UVPG hat ergeben, dass es sich auf Grund des vorhandenen Kenntnisstandes nicht um ein UVP-pflichtiges Vorhaben handelt und somit keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Dies ist nach § 3 a Satz 2 Halbsatz 2 UVPG bekannt zu geben.

Gemäß § 3 a Satz 3 UVPG ist die Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Öffentliche Auslegung:

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes liegt mit Begründung sowie dem Entwurf des Vorhaben- und Erschließungsplanes gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 1 Nr. 4 PlanSiG i. V. m. § 3 PlanSiG vom 09.12.2021 – 11.01.2022 öffentlich aus.

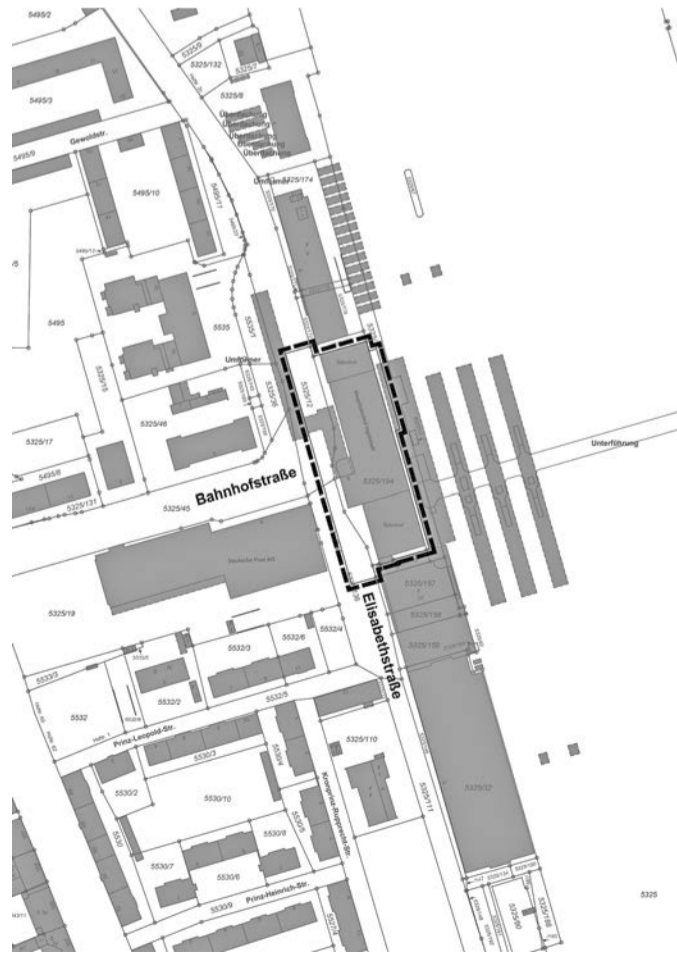
Die Auslegungsunterlagen können während des Auslegungszeitraumes im Internet unter www.ingolstadt.de/bauleitplanverfahren eingesehen werden.

Als weiteres Informationsangebot können die Auslegungsunterlagen im Stadtplanungsamt, Technisches Rathaus, Spitalstr. 3, 1.OG, im Auslegungszeitraum während der allgemeinen Dienststunden eingesehen werden.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über die Bauleitpläne unberücksichtigt bleiben.

Datenschutz im Bauleitplanverfahren:

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage der Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO i. V. m. § 3 BauGB und dem BayDSG. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Formblatt „Datenschutzhinweise im Bauleitplanverfahren“, welches im Internet unter www.ingolstadt.de/bauleitplanverfahren abrufbar ist.



Lageplan zum vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 109 N „Hauptbahnhof“

Nr. 48	Mittwoch, 01.12.2021
INHALT	
Hauptamt	Bezirksausschusssitzung I
Rechtsamt	Änderungssatzung ZV „Zentralkläranlage Ingolstadt“
Stadtplanungsamt	Vorhabenbezogener Beb.- u. Grünordnungsplan Nr. 109 N
Bauordnungsamt	Vorbescheid
Tiefbauamt	Einziehung eines Feldweges (Teilstück)
Amt für Verkehrsmanagement und Geoinformation	Messkampagne des Straßennetzes
Ing. Kommunalbetriebe AÖR	Entleerungstermine Abfallbehältnisse
Stadtwerke Ingolstadt Energie GmbH	INstrom basis und INgas basis – NEU –

Vorbescheid der Stadt Ingolstadt vom 19.11.2021 (Az.: 02137-21-203)

Vorhaben/Betreff: Voranfrage: Erhöhung eines zweistöckigen Anwesens mit Walmdach auf drei Vollgeschosse mit Flachdach

Grundstück: Ingolstadt, Friedrich-Ebert-Straße 32 1/2

Gemarkung: Ingolstadt

Flur-Nr.: 3719/8

Die Stadt Ingolstadt erteilte zu o.a. Voranfrage einen Bescheid (mit Datum vom 19.11.2021). **Geplant ist die Erhöhung eines zweistöckigen Anwesens mit Walmdach auf drei Vollgeschosse mit Flachdach.**

Als Baugenehmigungsbehörde weist die Stadt Ingolstadt alle **benachbarten Grundstückseigentümer der o.a. geplanten Baumaßnahme** darauf hin, dass die genehmigten Unterlagen beim Bauordnungsamt der Stadt Ingolstadt, Spitalstr. 3, 1. Stock, Zimmer Nr. 101/102 (Tel.: 305-2222) zu den üblichen Geschäftsstunden eingesehen werden können. Rechtsgrundlage für diese Veröffentlichung sind Art. 71 Satz 4 i.V.m. Art. 68 Abs. 2 Satz 4 der Bayerischen Bauordnung (BayBO).

Aufgrund des aktuell eingeschränkten Parteiverkehrs, wenden Sie sich bitte für das Einsehen der Eingabepläne per E-Mail an bauordnungsamt@ingolstadt.de.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** bei dem **Bayerischen Verwaltungsgericht München** erhoben werden. Dafür stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

- Die Klage kann schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten bei der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Anschriften lauten:
Bayerisches Verwaltungsgericht München
Postfachanschrift: Postfach 20 05 43, 80005 München
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München,
- Die Klage kann bei dem **Bayerischen Verwaltungsgericht München** auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments mit qualifizierter Signatur an das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach – www.egvp.de – erhoben werden. Dabei sind die der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu entnehmenden Bedingungen zu beachten: <http://www.vgh.bayern.de/verwaltungsgerichtsbarkeit/rechtsantragstelle/>.

Die Klage muss den Kläger, die Beklagte (Stadt Ingolstadt) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Wenn die Klage schriftlich oder zur Niederschrift erhoben wird, sollen dieser und allen Schriftsätzen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher Mail ist nicht zugelassen und entfaltet **keine** rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen können der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit entnommen werden (www.vgh.bayern.de)
- Kraft Bundesrechts ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Einziehung eines Feldweges (Teilstück)

Die Stadt Ingolstadt zieht das Teilstück des ehemaligen Feldweges „Oberer Krautgartenweg“ laut Lageplan ein, da er jegliche Verkehrsbedeutung verloren hat.

Der Vorgang kann im Tiefbauamt der Stadt Ingolstadt, Technisches Rathaus, Spitalstraße 3, im 4. Stock, Zimmer 402, eingesehen werden.

